

Niederschrift
über die
Sitzung des Regionalrates
am 18. Juni 2009
in Lippstadt

Beginn: 10:00 Uhr
Ende: 13:25 Uhr
Anwesende: siehe Anwesenheitsliste (Anlage I)

Tagesordnung für die Sitzung des Regionalrates am 18. Juni 2009

1. Regularien

2. **Schwerpunktthema:** Situation der Berufsausbildung im Regierungsbezirk Arnsberg
 - Vorträge von Herrn Klaus Gräbener (Geschäftsführer der IHK Siegen für Berufsbildungsfragen und Geschäftsführer des Berufsbildungszentrums) und Herrn Heinz Rittermeier (DGB-Vorsitzender Region Hellweg-Sauerland)
 - InformationVorlage 08/02/09

3. Förderung / Bauprogramme
 - a) Stadterneuerungsprogramm
 - Abwicklung 2008Vorlage 09/02/09

 - b) Investitionspakt 2009
 - BeratungVorlage 10/02/09

 - c) Jahresförderprogramm
 - Abwicklung 2008
 - Beratung 2009Vorlage 11/02/09

 - d) Wohnraumförderungsprogramm
 - Abwicklung 2008
 - Beratung 2009Vorlage 12/02/09

 - e) Krankenhausförderung im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II
 - InformationVorlage 13/02/09

4. Aufgaben des Kompetenzzentrums für Integration
 - InformationVorlage 14/02/09

5. ARGE n / „Hartz 4“
 - Information über die Umsetzung von „Hartz 4“ durch die ARGE n / OptionskommunenVorlage 15/02/09

6. Regionalplanung
 - a) Regionaler Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen
 - Stellungnahme des Regionalrates gemäß § 25 Abs. 4 LPIG vor der Genehmigung des Regionalen FlächennutzungsplanesVorlage 16/02/09

- b) 4. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - westlicher Teil - (Dortmund, Kreis Unna, Hamm) in der Stadt Bergkamen;
Änderung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs (ASB) in einen Allgemeinen Siedlungsbereich für zweckgebundene Nutzungen
 - Bestätigung des Beschlusses des Vorsitzenden und eines weiteren stimmberechtigten Mitgliedes des Regionalrates zur Eröffnung des ErarbeitungsverfahrensVorlage 17/02/09

- c) 8. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereiche Bochum und Hagen (Bochum, Herne, Hagen, Ennepe-Ruhr-Kreis, Märkischer Kreis) in der Stadt Hagen;
Änderung eines Bereiches für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) in Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB)
 - ErarbeitungsbeschlussVorlage 18/02/09

- 7. Novellierung des Landesplanungsgesetzes NRW
 - InformationVorlage 19/02/09

- 8. Linienbestimmungsverfahren für den Neubau der L 547 zwischen Ahlen/Dolberg (Regierungsbezirk Münster) und Hamm/Uentrop (Regierungsbezirk Arnsberg) als Verbindung der B 61 zur L 736
 - Beschluss über die Zustimmung zur TrassenführungVorlage 20/02/09

- 9. Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie
 - Beschluss über die Zustimmung zur Stellungnahme der BezirksregierungVorlage 21/02/09

- 10. Mitteilungen und Anfragen

zu TOP 1: Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Regionalrates und stellt fest, dass hierzu ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Er begrüßt den Ersten Beigeordneten und Kämmerer der Stadt Lippstadt, Herrn **Strotmeier**, als Gastgeber der Sitzung.

Als Referenten zum Schwerpunktthema heißt er den Geschäftsführer der IHK Siegen und des Berufsbildungszentrums der IHK Siegen, Herrn **Gräbener**, sowie den DGB-Vorsitzenden der Region Hellweg-Sauerland, Herrn **Rittermeier**, willkommen.

Herr **Droege** heißt Herrn **Regierungspräsidenten Diegel** und die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung willkommen.

Nachfolgend richtet Herr **Strotmeier** Grußworte an die Sitzungsteilnehmer.

Der Vorsitzende stellt anschließend die Tagesordnung fest.

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird das Ratsmitglied Herr **Dieter Müller** benannt.

Es liegt ein schriftlicher Antrag von Frau **Weiß** auf Änderung der Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 26. März 2009 vor. Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat fasst **bei vier Enthaltungen** folgenden **Beschluss**:
Der Antrag wird abgelehnt.

Der Regionalrat genehmigt die vorliegende Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 26. März 2009.

zu TOP 2: Ergänzend zur Vorlage liegen weitere Informationen als Tischvorlagen aus.

Der Vorsitzende weist einleitend darauf hin, dass sich der Regionalrat - neben den in der Strukturkommission angesprochenen Themen - mit den Fragen zu beschäftigen habe, wie die Situation der betroffenen jungen Leute in dem relativ schwierigen wirtschaftlichen Umfeld generell einzuschätzen sei, wie die regionalen Unterschiede und Aktivitäten aussähen und wo es gute Beispiele von Aktivitäten etwa in der zusätzlichen Vermittlung von Ausbildungsplatz suchenden Jugendlichen gebe.

Das Konzept des Vortrags von Herrn **Rittermeier** ist als Anlage II, die zum Vortrag von Herrn **Gräbener** zugehörigen Folien sind als Anlage III beigefügt.

Ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Gräbener erklärt Herr **Salomon**, die Thematik sei bereits in der Strukturkommission grundsätzlich diskutiert worden. Er erläutert nachfolgend einige Schwerpunkte der Berufsorientierungsmaßnahmen in Regelschulen im Regierungsbezirk sowie positive Projektbeispiele wie „Haus der Berufsvorbereitung“, „Probe“ (=pro Berufsorientierung“, „KSW - Kooperationsnetz Schule - Wirtschaft“ und „Jetzt“ (= Jugend erfolgreich, talentiert, zielgerichtet trainieren). Des Weiteren unterstreicht er die Wichtigkeit der Maßnahmen nach der Berufskolleg-Anrechnungs- und Zulassungsverordnung (BKAZVO).

Herr **Horneck** legt dar, dass er, der seit 30 Jahren ausbilde und Auszubildende aussuche, die Ausführungen von Herrn Rittermeier in vollem Umfang unterstützen könne. Zu Herrn Salomons Darstellung merkt er an, man hätte sich viele Diskussionen ersparen können, wenn die ergänzenden Erläuterungen

bereits in die Vorlage aufgenommen worden wären. Diese habe reine Zahlenstatistiken enthalten.

Herr **Pendzich** dankt Herrn Rittermeier und Herrn Gräbener für die interessanten, teils aufrüttelnden Ausführungen, über deren Informationen er vorher so nicht verfügt habe. Derzeit protestierten zahlreiche Studenten und Schüler auf der Straße, die unzufrieden mit der Ausbildungssituation seien. Auf der anderen Seite steckten viele Milliarden von Bund und Ländern im Ausbildungssystem. Unabhängig von politischen Vorstellungen müsse man das System vom Kopf auf die Füße stellen und sich nicht auf gestern, sondern auf das, was in Zukunft zum Besten für die Kinder sei, konzentrieren.

Herr **Wiggermann** teilt die Ansicht, dass es zu viele Programme und Wege gebe und es am besten im regionalen Konsens gehe. Wenn man hier mit dem Eindruck herausginge, dass Schulen, Kammern und andere Agierende gegeneinander arbeiteten, sei man auf einem schlechten Weg.

Herr **Tillmann** führt aus, die Erfahrung lehre, dass die Jugendlichen aus außerbetrieblichen Maßnahmen ohne Bezug zur betrieblichen Wirklichkeit auf dem Arbeitsmarkt überhaupt nicht angenommen würden. Er warne vor rein schulischen Maßnahmen ohne betrieblichen Kontakt. Über die Tatsache, dass für Jugendliche, die nicht ausbildungsfähig und -willig seien, heute keine Arbeit und damit auch keine Ausbildungsplätze vorhanden seien, müssten sich Industrie, Handel und Handwerk Gedanken machen.

Frau **Wawrzyniak** merkt an, sie sei erstaunt gewesen, dass in der Vorlage bei Schulabschlüssen noch auf geschlechterspezifische Unterschiede eingegangen worden sei, aber nicht mehr beim Ausbildungsübergang/Beruf. Ausgesprochen positiv habe sie die Äußerung aufgenommen, dass Schul- und Wirtschaftspolitik enger zusammenarbeiten müssten. Wenn heute über Jugendliche geredet werde, die nicht ausbildungsfähig seien, sollten möglichst früh und nicht erst im 7. Schuljahr auch Elemente von Familien- und Sozialpolitik integriert werden, um aufzufangen, was Eltern nicht vermitteln könnten.

Herr **Dücker** dankt den Vortragenden für die sehr plastische Darstellung, die gezeigt habe, dass es bei Bildung und Ausbildung nicht nur an Geld, sondern an einer vernünftigen Konzeption fehle. Der Regionalrat könne vielleicht Impulsgeber sein, dass die Ideologisierung der Schul- und Ausbildungssysteme zurückgefahren werde und wenige, aber effektivere Förderprogramme aufgestellt würden.

Herr **Salomon** nimmt nachfolgend zu den vorausgegangenen Wortbeiträgen Stellung.

Herr **Regierungspräsident Diegel** bedankt sich für das rege Interesse an diesem wichtigen gesellschaftlichen Thema. Herr Pendzich habe das richtige Stichwort geliefert, alle müssten sich zusammenraufen. Er hoffe, dass das, was Herr Pendzich heute gesagt habe, insbesondere in Düsseldorf gehört werde.

Er stimme der Aussage zu, dass tatsächlich zu viele Förderprogramme existierten, hier müsse strukturell etwas geändert werden.

Die Bezirksregierung sei für Anregungen und kritische Stimmen dankbar, sofern an Schulen, in der Wirtschaft oder bei den Kammern etwas schlecht ablaufe. Er würde sich freuen, wenn mit diesem Tag ein Startschuss in eine konstruktive Diskussion gegeben werden könnte.

Der Vorsitzende schlägt vor, das Thema in der nächsten Ältestenratssitzung noch einmal aufzugreifen.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

zu TOP 3a: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
Der Regionalrat nimmt die Abwicklung des Stadterneuerungsprogramms 2008 zur Kenntnis.

zu TOP 3b: Ergänzend zur Vorlage liegt eine Information als Tischvorlage aus.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
Der Regionalrat berät den Investitionspakt 2009.

Zu TOP 3c: Als Ergänzung zur Vorlage liegen weitere Informationen als Tischvorlage aus bzw. sind vorab versandt worden.

Herr **Horneck** teilt mit, dass im Entwurf des Jahresförderprogramms auf Seite 24 für die Stadt Soest (Projekt „Soester Fehde“) eine Bewilligung in Höhe von 25.000,- € vorgesehen sei und bittet vor dem Hintergrund, dass seiner Erinnerung nach in der Vorlage zur Sitzung im März hierzu eine Position mit beantragter Bewilligung von 60.000,- € und vorgesehener Bewilligung von 40.000,- € gestanden habe, um diesbezügliche Klärung. Der Beschlussvorschlag stehe im Internet statt mit den erforderlichen 40.000,- mit 25.000,- €.

Es wird vereinbart, dass die Verwaltung zu dem Punkt bei der nächsten Ältestenratssitzung berichten wird.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
Der Regionalrat nimmt die Abwicklung des Jahresförderprogramms 2008 zur Kenntnis und berät das Jahresförderprogramm 2009.

zu TOP 3d: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
Der Regionalrat nimmt die Abwicklung des Wohnraumförderungsprogramms 2008 zur Kenntnis und berät das Wohnraumförderungsprogramm 2009.

zu TOP 3e: Auf die in der Strukturkommission gestellte Frage, weshalb nur eine Klinik des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe gefördert werde, erklärt Herr **Milk**, der Landschaftsverband müsse nach der seines Erachtens gerechten Übergangsregelung zunächst zurückstehen. Da die bisher zugewiesenen - entsprechend hohen - Förderbeträge angerechnet würden, führe dies zu einer höheren Förderkennziffer und damit zu einer späteren Förderung.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

zu TOP 4: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

zu TOP 5: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

zu TOP 6a: Herr **Knieling** bittet um Erläuterung einiger in der Sitzung der CDU-Fraktion aufgeworfener Fragen bzw. Anmerkungen.
Warum sei zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem noch nicht alle beteiligten Kommunen über diesen FNP befunden hätten, eine Beschlussfassung nötig?
Wie laute die Stellungnahme der anderen zu beteiligten Regionalräte Münster und Düsseldorf?
Er bittet, dem Regionalrat eine Synopse bzw. Gegenüberstellung der Ergebnisse und Änderungen aus dem öffentlichen Beteiligungsverfahren vor der Beschlussfassung zur Kenntnis zu bringen.
Es sei ein Widerspruch zwischen Beschlussvorschlag und dem vorletzten Absatz der Vorlage festgestellt worden, in dem verdeutlicht werde, dass auf Basis der Ergebnisse aus den öffentlichen Beteiligungsverfahren der RFNP bzw. dessen Textteile lediglich redaktionell überarbeitet bzw. ergänzt worden seien. Von der Bezirksregierung werde in der nächsten Sitzung eine zu den - dem Regionalrat bisher nicht vorliegenden - redaktionellen Überarbeitungen und Ergänzungen oder Änderungen klarstellende Stellungnahme erbeten, um dann einen abschließenden Beschluss zu fassen.

Frau **Richard** erläutert, dass lediglich aus Gründen der Rechtssicherheit auf Bitte des Ministeriums der Regionalrat nochmals mit dem Thema befasst worden sei, da dem Regionalrat vor der Genehmigung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben sei. Hierzu solle die Fassung vorliegen, die auch der Beschlussfassung der Räte der betroffenen Kommunen unterliege. Alle sechs Räte müssten den Plan beschließen, sonst könne er nicht in Kraft treten und das Verfahren müsse neu aufgerollt werden. Es gelte die Genehmigungsfiktion mit 3-Monatsfrist. Die Sitzungen der anderen Regionalräte fänden annähernd zeitgleich statt. Die Änderungen seien - auch exemplarisch geprüft - redaktioneller Natur und daher wegen des Aufwandes nicht einzeln aufgeführt worden.

Herr **Pendzich** gibt zu Bedenken, dass Regularien kein Selbstzweck seien, sondern dazu dienten, die Richtigkeit von Ergebnissen abzusichern. Inhaltliche Änderungen ergäben sich durch das Abwarten der Beschlüsse der Räte nicht. Einer der Regionalräte müsse den Anfang machen.

Herr **Knieling** hält es für sinnvoll, die Entscheidung der anderen Regionalräte und die Veränderungen zu kennen.

Herr **Werner** teilt mit, seine Fraktion stimme der Vorlage zu.

Frau **Regierungsvizepräsidentin Geiß-Netthöfel** weist darauf hin, dass sie davon ausgehe, dass die Landesplanungsbehörde nicht gehindert sei, ohne vorausgehende Stellungnahme des Regionalrates zu entscheiden.

Der Regionalrat fasst bei **zwölf „Nein-Stimmen“** mit **16 „Ja-Stimmen“** folgenden **Beschluss**:
Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

zu TOP 6b: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
Der Regionalrat bestätigt den Beschluss des Vorsitzenden und eines weiteren stimmberechtigten Mitgliedes des Regionalrates zur Eröffnung des Erarbei-

tungsverfahrens für die 4. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - westlicher Teil - (Dortmund, Kreis Unna, Hamm) in der Stadt Bergkamen.

zu TOP 6c: Herr **Knieling** unterbreitet - trotz des möglichen großen Nutzens der Ansiedlung für die Stadt Hagen, wegen der Sinnhaftigkeit einer umfassenden Untersuchung und gesamt-konzeptionellen Betrachtung des Gebietes - einen Ergänzungsvorschlag zum Beschlussvorschlag unter Satz 1 wie folgt: "Bevor eine Beteiligung der Träger öffentlicher Belange erfolgt, soll für das Betrachtungsgebiet ein Gesamtkonzept durch die Stadt Hagen erarbeitet werden, das eine zukünftige Nutzung darstellt."

Herr **Werner** teilt mit, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Das Erarbeitungsverfahren, ansonsten das Bauleitplanverfahren könne Probleme mit Immissionen wegen der zukünftigen Nutzung klären.

Herr **Grote** informiert, dass die Stadt Hagen die seit acht Jahren bestehende Brache des ehemaligen Brandt-Geländes mit einer Mischnutzung entwickeln wolle; da sie in einem GIB liege, sei die Änderung in einen ASB zwingend. Die vorhandenen gewerblichen Strukturen sollten nicht eingeschränkt werden, sondern im Bestand erhalten werden. Die Stadt Hagen sei bereit, im Rahmen des Flächennutzungsplanes ein Konzept vorzulegen. Er bittet den Regionalrat zwecks Realisierung des Investitionsprojektes - mit Blick auf die Überleitung der regionalplanerischen Zuständigkeit auf den RVR - den Erarbeitungsbeschluss zu fassen und die Beteiligung durchzuführen.

Herr **Pendzich** erklärt, kein Problem mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu haben und im Sinne einer konsensualen Entscheidung einem Vorschlag der CDU-Fraktion, die Stadt Hagen aufzufordern, dieses Gebiet gründlicher, eingehender und abschließend zu überplanen, folgen zu können. Eine Verknüpfung des Erarbeitungsbeschlusses mit einer aufschiebenden Bedingung werde die SPD-Fraktion - nicht nur wegen rechtlicher Bedenken - nicht mittragen.

Herr **Dücker** bittet, dem Beschlussvorschlag zu folgen, da die Stadt sehr lange versucht habe, das Gebiet zu entwickeln und die jetzt geplanten Investitionen mit Folgewirkungen eine geradezu lebensnotwendige Weiterentwicklung der Stadt darstellten.

Frau **Richard** legt dar, dass es bei der zukünftigen Nutzung des gesamten Brandt-, des Speditionsgeländes und der dazwischen liegenden Grundstücke nicht nur um Einzelhandel, sondern um eine Mischnutzung gehe. Sie hinterfragt, welches Gebiet - Änderungsgebiet, gesamter Stadtteil, gesamtes Stadtgebiet - genauer überplant werden solle. Sie - wie auch die Südwestfälische Industrie- und Handelskammer zu Hagen (SIHK) - habe kein Problem mit dem Ergänzungsbeschluss, sofern dieser nicht die Beteiligung aufschiebe.

Herr **Knieling** betont, dass eine Behinderung nicht gewünscht sei. Ein Gesamtkonzept halte er für sinnvoll. Der Zusatz könne lauten: „Im Zuge des Verfahrens soll für das Betrachtungsgebiet (Umfeld) eine planerische Gesamtkonzeption durch die Stadt Hagen erarbeitet werden, die eine zukünftige Nutzung darstellt.“

Der Vorsitzende sieht die Fragen des Regionalrates nach einer Gesamtlösung vor dem Hintergrund der aufgetretenen Fragen trotz des Einzelfalles als Hinweis auf eine Auseinandersetzung mit der Verfügbarkeit von Flächen in der Region und damit als gerechtfertigt an.

Der Regionalrat fasst bei **vier „Nein-Stimmen“** und **einer Enthaltung** folgenden **Beschluss**:

1. Die 8. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereiche Bochum und Hagen (Bochum, Herne, Hagen, Ennepe-Ruhr-Kreis, Märkischer Kreis) in der Stadt Hagen wird entsprechend den Anlagen 1 und 2 erarbeitet.
2. Im Änderungsverfahren werden die in der Anlage 2 unter den Nummern 1 bis 44 aufgeführten Behörden und Stellen beteiligt.
3. Die Frist, innerhalb derer Bedenken und Anregungen vorgebracht werden können, wird auf 3 Monate festgesetzt.
Der Öffentlichkeit wird Gelegenheit gegeben, innerhalb von 2 Monaten zu der Änderung bei der Bezirksplanungsbehörde Stellung zu nehmen.
4. Der Regionalrat erwartet, dass die Stadt Hagen im Zuge des Erhebungsverfahrens ein städtebauliches Gesamtkonzept erstellt, das über den Änderungsbereich entsprechend Anlage 1 hinaus auch den Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) im Stadtteil Westerbauer insgesamt entsprechend der Abgrenzung im gültigen Regionalplan umfasst.

zu TOP 7: Neben der Vorlage liegen Informationen u. a. zum Anhörungsschreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen an die Regionalräte zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes NRW als Tischvorlage aus.
Der Vorsitzende schlägt in Abstimmung mit Herrn **Horneck** und Herrn **Pendzich** aufgrund der ergänzenden Unterlagen und einer wegen des Themas „Novellierung Landesplanungsgesetz“ anstehenden Besprechung mit Staatssekretär Dr. Baganz die Vertagung des Punktes auf die anzuberaumende Ältestenratssitzung vor.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt auf die nächste anzuberaumende Ältestenratssitzung.

zu TOP 8: Der Regionalrat fasst bei **drei „Nein-Stimmen“** folgenden **Beschluss**:
Der Regionalrat stimmt im Rahmen seiner Beteiligung nach § 37 StrWG NRW der Vorschlagsvariante 2 im Linienbestimmungsverfahren für den Neubau der L 547 zwischen Ahlen/Dolberg und Hamm/Uentrop als Verbindung von der B 61 zur L 736 zu.

zu TOP 9: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
Der Regionalrat stimmt der Stellungnahme der Bezirksregierung zum Entwurf des Bewirtschaftungsplanes und Maßnahmenprogramms der EG-Wasser-Rahmenrichtlinie zu.

zu TOP 10: Es wurden diverse Mitteilungen und Informationen versandt bzw. verteilt.

Der Vorsitzende informiert zur Mitteilung Nr. 10.1, dass spätestens bis zum 10. Februar 2010 der neue Regionalrat zur konstituierenden Sitzung zusammentreten müsse. Bis dahin übten die Mitglieder dieses Regionalrates ihr Amt weiter aus. Der Vorsitzende schlägt vor, den regulären Tagungsrythmus im 4. Quartal 2009, d. h. mit Kommissions- und Fraktionssitzungen durchzuführen und um den 15. Januar 2010 eine Abschlusssitzung des amtierenden Regionalrates unter Würdigung der bisherigen Aktivitäten abzuhalten. Der ent

sprechend aktualisierte Sitzungsplan 2009 wird verteilt. Es werden keine Bedenken gegen die Vorgehensweise erhoben.

Herr **Regierungspräsident Diegel** gibt zu der Mitteilung Nr. 10.2 aktuelle Informationen zum Konjunkturpaket II der Bundesregierung. Er betont, dass der Regierungsbezirk Arnsberg mit 598 von 1.198 Maßnahmen Spitzenreiter im Land sei, wobei 512 Maßnahmen bereits im Sinne einer Bestätigung des Ergebnisses erledigt seien. Neueingänge würden innerhalb von 24 Stunden bearbeitet.

Der Vorsitzende dankt für die Information und weist auf die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit hierzu hin.

Es liegt eine Anfrage der **Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN** (s. Anlage IV) zum Thema Tosu-Einleitungen in die Ruhr vor. Herr **Regierungspräsident Diegel** beantwortet die Anfrage mündlich.

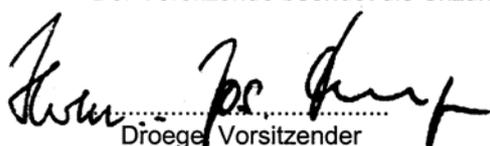
Es liegt eine Anfrage von Herrn **Brunsmeyer** (s. Anlage V) zur Verbrennung von Kronocarb im EON-Kraftwerk Shamrock in Herne vor. Herr **Regierungspräsident Diegel** und Herr **Niestroj** beantworten die Anfrage mündlich.

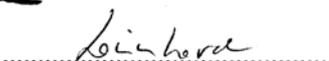
Herr **Milk** informiert über die Schweinegrippe.

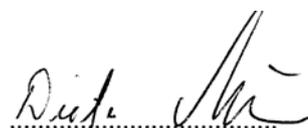
Herr **Hellmann** erläutert die Planungen zur Rothaarsteigwanderung 2009.

Der Vorsitzende verabschiedet Frau **Diekmann** aus der Geschäftsstelle des Regionalrates verbunden mit einem herzlichen Dank für die geleistete Arbeit und begrüßt Frau **Launhard** als Nachfolgerin.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 13:25 Uhr.


Droege, Vorsitzender

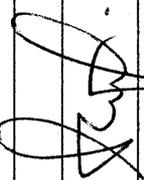
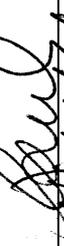

Launhard, Schriftführerin


Müller, Ratsmitglied

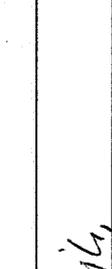
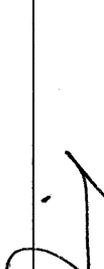
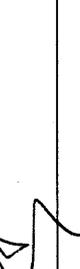
Anwesenheitsliste
für die Sitzung des
Regionalrates
am 18.06.2009
in Lippstadt

Beginn: 10.00 Uhr
Ende: 13²⁵

Stimmberechtigte Mitglieder

Name	Abfahrtszeit	gefahrne km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Abel, Roland	7:00	152 + 2, Fide auch Fraktion	
Becker, Horst	7:20	164	
Beuermann, Bärbel			entschuldigt
Buderus, Eva-Maria	8:00	180 (ca. Fraktion)	
Cziehso, Brigitte	7:45	180	
Donschen, Hans-Friedel	8:00	2 x 105	
Droege, Hermann-Josef	7:20	2 x 168	
Dücker, Victor	8:30	166	
Ewald, Wolfgang			
Fehlemann, Klaus			per tech.

*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

Name	Abfahrtszeit	gefahrene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Finke, Ulrich	1:30	Deuschlagen Stadt Jona	
Fleskes, Heinz-Dieter	1:30	216 (ges.)	
Freisewinkel, Guido			
Giesel, Rainer	7:45	204 Gesamt	
Grzeschista, Michael	7:45	182 km	
Hansen Fred Josef		178 km	
Henneke, Hans	7:30	218 Gesamt	
Herter, Marc	8:00	- wie Felder	
Horneck, Wolfgang	7:30	214 km	
Kläsgen, Norbert	8:12	128 km	
Knieling, Walter	8:20	150	
Kozlowski, Peter			
Liedmann, Werner	7:02	16,80 €	
Menke, Werner	8:15	124 km	
Mense, Christel			entschuldigt

*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeid und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

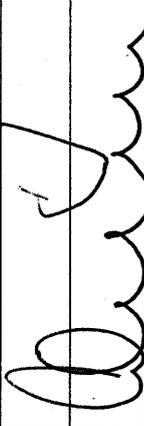
Name	Abfahrtszeit	gefahrene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Müller, Dieter		siehe Fraktion	<i>D. Müller</i>
Neuhaus, Ellen	7 ³⁰	2 x 90 km	<i>Ellen Neuhaus</i>
Niermann, Guido			entschuldigt
Pendzich, Michael		2. Fraktion	<i>M. Pendzich</i>
Schiff, Norbert			entschuldigt
Schneeweis, Raymund	U 1 ¹⁰	86 km	<i>R. Schneeweis</i>
Schnieder, Hubert	5 ³⁰	2 x 39	<i>H. Schnieder</i>
Schulte, Ludwig	8 ⁴⁵	82	<i>L. Schulte</i>
Schwanengel, Norbert			entschuldigt.
Weiß, Ursula			entschuldigt.
Werner, Udo	2.304	180 km	<i>U. Werner</i>
Westerwick, Hans-Joachim			entschuldigt
Wiggermann, Martin	8 ¹⁰	2 x 52 (Sh. Grabbers Sitzung)	<i>M. Wiggermann</i>
Zeppenfeld, Friedhelm	7 ²⁵	2 x 132 km	<i>F. Zeppenfeld</i>

*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

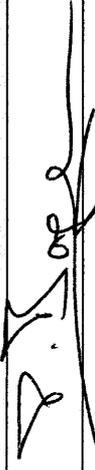
Beratende Mitglieder

Name	Abfahrtszeit	gefahrene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Baumann, Klaus			
Brunsmeyer, Klaus	8 ⁰⁰	2 x 120	Brunsmeyer
Fischer, Joachim	7 ⁴⁵	s. Fraktion	Fischer
Hemme, Fritz	9 ⁰⁰	2 x 50 R	Hemme
Keppeler, Georg			entschuldigt
Pechtel, Hans		s. Fraktion	Pechtel
Rittermeier, Heinz	8.00	s. Fraktion	Rittermeier
Tillmann, Klaus Yongden	8 ³⁰		Tillmann
von Buchwald, Werner	8.05 R	145 km	Werner v. Buchwald
Wawrzyniak, Ingrid	8.15	2 x 126 = 252	Ingrid Wawrzyniak
Wobedo, Lothar	9 ⁰⁰	siehe Fraktion	Wobedo
Stadt Bochum			
Stadt Dortmund			
Stadt Hagen			

*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

Name	Abfahrtszeit	gefahrene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Stadt Hamm			
Stadt Herne	8:30	Fahrer	
Ennepe-Ruhr-Kreis			
Hochsauerlandkreis			
Märkischer Kreis			
Kreis Olpe			
Kreis Siegen-Wittgenstein			
Kreis Soest	-	-	
Kreis Unna			

Kommissionsmitglieder, die nicht dem Regionalrat angehören

Name	Abfahrtszeit	gefahrene km bzw. Fahrtkosten	*Unterschrift
Borgmann, Peter	8:30	200	
Goesmann, Gritta	8:15	nicht ich nach	

*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

Gäste

Name	Unterschrift
Strotmeier, Rainer Allg. Vertreter d. Bürgermeisters 1. Beigeordneter und Kämmerer, Lippstadt	
Gräbener, Klaus Geschäftsführer der IHK Siegen und des Berufsbildungszentrums	

Bezirksregierung Arnsberg

Name	Unterschrift
Diegel, Helmut Regierungspräsident	
Geiß-Netthöfel, Karola Regierungsvizepräsidentin	
Milk, Volker Abteilungsleiter	
Salomon, Christian Abteilungsleiter	
Ewert, Diana Abteilungsleiterin	
Kirchner, Michael Abteilungsleiter	entschuldigt

*mit meiner Unterschrift beantrage ich gleichzeitig Sitzungsgeld und Fahrtkosten entsprechend der Regionalräte-Verordnung zum Landesplanungsgesetz

Richard, Hildegard Bezirksplanerin	anwesend
Grete, Dr. Dirk Persönlicher Referent	Jub
Sikorski, Andreas Dez. 63	anwesend
Niestroj, Roland Dez. 53	anwesend
Maschoty, Ingo Dez. 42	anwesend
Hellmann, Friedrich-Karl Geschäftsstelle	anwesend
Launhard, Karen Geschäftsstelle	anwesend
Groß, Elisabeth Geschäftsstelle	anwesend

Heinz Rittermeier

Vortrag

Schwerpunktthema: Situation der Berufsausbildung im Regierungsbezirk Arnsberg

Vorlage 08/02/09

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrter Herr Dröge,
Sehr geehrter Regierungspräsident Diegel,

ich bedanke mich dafür, dass ich hier im Regionalrat die Gelegenheit erhalte, zur Situation der Berufsausbildung im Regierungsbezirk Arnsberg sprechen zu dürfen.

Ich gehe chronologisch gemäß der Zwischenüberschriften in der Vorlage zum Schwerpunktthema vor.

1. Demografische Entwicklung

Bei der Beschäftigung mit dem demografischen Wandel schwingt in vielen Vorträgen und Ausarbeitungen die Sorge mit, dass analog zum Bevölkerungsrückgang die Zahl der Fachkräfte sinkt, was einen Fachkräftemangel zur Folge haben könnte. Ich möchte hier diese Sorge etwas entschärfen. Wir werden in Zukunft in der Wirtschaft weiterhin nennenswerte Rationalisierungseffekte zu verzeichnen haben. Das bedeutet, dass der Einsatz von direkter menschlicher Arbeit zur Her-

stellung von Produkten und Dienstleistungen weiter zurück gehen wird.

Das Zweite, was ich für wesentlich wichtiger halte, ist, dass Beschäftigte, vor allem junge Menschen, durch eine qualifizierte schulische und berufliche Bildung die Fähigkeit bekommen, als Fachkraft sowie in Führungspositionen wachsen zu können. Wir haben bereits heute eine ganze Reihe junger Menschen, bei denen die Fähigkeiten und Begabungen noch nicht ausgereizt sind.

Natürlich schließen Rationalisierungseffekte und eine qualifizierte berufliche Bildung im Regierungsbezirk Arnsberg die Anwerbung von attraktiven Fachkräften aus anderen Regionen nicht aus.

2. Entwicklung der Schulabschlüsse

Ich gehe davon aus, dass Ihnen aufgrund der detaillierten Darstellung des Strukturberichts 2007 (Vorlage 40/05/07) die Situation bei den Schulabschlüssen bekannt ist.

Bisher ist es eine gängige Auffassung, dass mit einem höheren Schulabschluss sich die Vermittlungschancen der Jugendlichen in eine Ausbildung und einen Beruf verbessern. Die Praxis zeigt aber zum Teil eine andere Tendenz. Als DGB-Vertreter nehme ich seit Jahren an den Zusammenkünften des Ausbildungskonsenses NRW in der Region Hellweg-Hochsauerland teil. Ich kann Ihnen sagen, dass seit Jahren nicht die Hauptschüler das große Problem bei der Vermittlung sind, sondern die Realschüler. Den Grund hierfür konnten wir bisher noch nicht eindeutig finden. Aber wahrscheinlich

haben viele Realschüler den Wunsch, im kaufmännischen Bereich ausgebildet zu werden und deshalb ist die Konkurrenz in diesem Berufsbereich besonders groß. Viele Realschüler können sich nicht vorstellen, einen Beruf im gewerblich-technischen Bereich zu ergreifen.

Es gibt zudem eine erkennbare Tendenz über alle Schulabschlüsse hinweg, dass für immer mehr Schülerinnen und Schüler das Berufsleben ein unbekanntes Wesen ist. Nach Auskunft von Schulleitern der Berufskollegs im Berufsbildungsaus-

schluss der IHK Arnsberg begeben sie sich lieber in Warteschleifen als in eine duale Ausbildung, um noch etwas auf das Berufsleben warten zu können. Ich persönlich sehe das als keine gute Entwicklung an.

3. Entwicklung des Ausbildungsmarktes

Dieser ist im Regierungsbezirk Arnsberg sehr differenziert zu betrachten. Zudem ist festzustellen, dass die tatsächliche Anzahl der neuen Ausbil-

dungsverhältnisse aus den Eintragungen bei den Kammern zu ersehen sind und nicht aus den Daten der Agentur für Arbeit. Die Agentur für Arbeit kann nur die Jugendlichen statistisch erfassen, die mittels eines Besuches bei der Agentur für Arbeit einen Ausbildungsplatz suchen und die Ausbildungsfirmen, die ihre Ausbildungsplätze bei der Agentur melden. Diejenigen Jugendlichen, die über das Internet bei der Agentur einen Ausbildungsplatz suchen, werden schon nicht mehr statistisch erfasst. Daneben gibt es viele Wege, einen Ausbildungsplatz zu suchen. Die Eintragungen bei

den Kammern zeigen dem gegenüber die tatsächlich abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse.

Bei der IHK Arnsberg/Hellweg-Sauerland sind vom Jahr 2005 bis 2008 die neuen eingetragenen Ausbildungsverhältnisse von 2.107 auf 2.614 gestiegen. Im April 2009 waren bereits 903 Ausbildungsverhältnisse eingetragen. Das lag noch über dem guten Niveau von 2009. Ich will hier aber keine Prognose wagen. Wegen der Krise werden wohl erst die Zahlen im November ein realistisches Bild ergeben.

Nun die Zahlen der Handwerkskammer Südwestfalen. Die Handwerkskammer Südwestfalen erfasst ganz Südwestfalen bis auf den Kreis Soest. 1990 verzeichnete die HWK Südwestfalen 8.230 eingetragene Ausbildungsverhältnisse. Die eingetragenen Ausbildungsverhältnisse sanken bei der HWK kontinuierlich bis zum Jahre 2005 auf 6.327 eingetragene Verhältnisse. Danach gab es wieder eine Steigerung bis 2008 auf 6.450 eingetragene Verhältnisse.

Vom Dortmunder DGB erfuhr ich Folgendes:

Bei der IHK zu Dortmund (zuständig für Dortmund, Hamm und den Kreis Unna) stiegen die eingetragenen Ausbildungsverhältnisse von 3.130 im Jahre 2007 auf 3.358 im Jahr 2008, was ein Plus von 7,3% ergab. Dem gegenüber sanken bei Handwerkskammer Dortmund (zuständig für Bochum, Dortmund, Hagen, Hamm, Herne, Ennepe-Ruhr-Kreis und Kreise Unna und Soest) die Neueintragungen von Ausbildungsverhältnissen von 4.920 im Jahr 2007

auf 4.585 im Jahr 2008, was ein Minus von 6,83% bedeutet.

Der DGB Ruhr-Mark, zuständig für Bochum, Hagen, Herne, Ennepe-Ruhr-Kreis und Märkischen Kreis, teilte mir mit, dass die Ausbildungsplatzzahlen überall zurück gehen, aber auch die Bewerberzahlen. Kritisch zu vermerken sei, dass die Ausbildungszahlen stärker zurück gingen. Zudem gebe es aus diesem Bereich auch Hinweise aus den Betrieben, dass sie ihr Angebot an Ausbildungsplätzen zurückfahren würden.

An dieser kurzen Darstellung können Sie sehen, dass die Ausbildungsplatzsituation im Regierungsbezirk Arnsberg sehr differenziert zu betrachten ist, sogar von Gemeinde zu Gemeinde.

Die duale Ausbildung ist abhängig von der Konjunktur, aber nicht nur. Trotz derzeitiger Krise schränken eine Reihe von Unternehmen ihre Ausbildungsbemühungen nicht ein. Denn sie wissen: Nach jeder Krise kommt ein Aufschwung. Und der ist nicht mit Fachkräftemangel zu bewältigen.

4.) Arbeitsmarktpolitische Förderung der Berufsausbildung durch die Bezirksregierung

Es ist festzustellen, dass die Bezirksregierung keinen unbedeutenden Einfluss auf die Schulen hat. Und deshalb betone ich hier, dass nach meiner Auffassung die Förderung der Berufsbildung bereits in den allgemeinbildenden Schulen stärker als bisher zu beginnen hat. Dann brauchten wir auch nicht eine so starke Nachsorge, die sich heute in einer hohen Anzahl an diversen Fördermaßnahmen ausdrückt, auf die ich hier aber nicht einge-

hen möchte. Das macht gleich Herr Gräbener in prägnanter Form.

Lassen Sie mich hierfür Beispiele geben, was in den Schulen zur Förderung der Berufsfähigkeit verbessert werden könnte.

Beim Fach Mathematik muss nach meiner Auffassung wieder mehr logisches Denken gefordert werden. Zu meiner Volksschulzeit wurde dieses logische Denken noch mit Dreisätzen eingeübt. Ich kann mich noch genau erinnern, dass unser Lehrer

uns folgende Aufgabe gab: Zwei Mauer essen sechs Butterbrote. Wie viele Butterbrote essen sechs Maurer? Es war klar, dass sechs Maurer dreimal so viele Butterbrote essen wie zwei Maurer. So ergaben 3×6 Butterbrote gleich 18 Butterbrote.

Danach stellte uns unser Lehrer folgende Aufgabe: Zwei Maurer brauchen sechs Stunden um eine Mauer hochzuziehen. Wie viele Stunden brauchen sechs Maurer? Voreilig und mechanisch sagten einige Schülerinnen und Schüler: 18 Stunden. Sie

hatten noch das Schema der ersten Rechnung im Kopf. Hier regte unser Lehrer unser logisches Denken an. Sechs Maurer brauchen natürlich weniger Stunden als zwei Maurer zum Hochziehen einer Mauer. Sechs Maurer waren $3 \times$ so viel wie zwei Maurer. Also mussten sie die sechs Stunden der zwei Maurer durch drei dividiert werden und man erhielt zwei Stunden zum Hochziehen der Mauer.

Das Problem heute ist, dass die Lehrerinnen und Lehrer mathematische Formeln an die Tafel

schreiben, die dann weiter entwickelt werden. Das logische Denken wird nicht gefördert. Es wird noch nicht einmal erklärt, wozu man diese mathematischen Formeln in der Praxis gebrauchen kann. Es sind theoretische mathematische Formeln, die im luftleeren Raum stehen. Es fehlt die Anwendungsorientierung.

So kam z. B. unsere Tochter eines Tages aus der Schule nach Hause mit einer Formel für Zinseszinsrechnung. Sie kam Anfangs mit der Formel überhaupt nicht klar und hatte deshalb auch keine Lust, sich damit zu beschäftigen. Ich fragte sie

dann, ob sie überhaupt wüsste, was man mit der Formel anfangen kann. Das hatte man ihr in der Schule nicht beigebracht. Ich stellte ihr dann folgende Aufgabe:

Stell dir mal vor, du hast 3000 € zur Verfügung. Du willst sie bei einer Bank anlegen. Die erste Bank sagt dir, sie zahlt 1% Zinsen im Monat. Die zweite Bank sagt dir, sie zahlt dir 2% Zinsen in einem viertel Jahr. Die dritte Bank sagt dir, sie zahlt dir 3,5% Zinsen in einem halben Jahr und die vierte Bank sagt dir, sie zahlt dir 5% im Jahr. Bei welcher Bank würdest du dein Geld anlegen? Unsere

Tochter war sofort motiviert, sich mit dieser Formel auseinander zu setzen, weil sie merkte, dass sie damit im praktischen Leben etwas anfangen kann. Ich glaube, hier fehlt es häufig an unseren Schulen.

Was weiterhin zurzeit nach meiner Auffassung in den Schulen fehlt, ist die Genauigkeit. Wir haben früher gelernt beim Subtrahieren und Addieren, dass wir mit dem Lineal den Strich unter der letzten Zahl ziehen mussten. Heute wird er frei Hand gezogen. Dabei werden einige Zahlen halb durch-

gestrichen, was dazu führt, dass Schülerinnen und Schüler sehr ungenau rechnen. Sie erkennen nachher nicht mehr, ob sie die letzte Zahl durch- oder unterstrichen haben.

Von vielen Eltern höre ich heute, dass die Lehrer den Schülern beibringen: Schreibt die Wörter, wie ihr sie sprecht. Wird denn dann das Wort Brand hinten mit d oder t geschrieben? Hier sollte an den Schulen wieder viel mehr Genauigkeit an den Tag gelegt werden.

Genau so ist es mit der Interpunktion. Hier wird in der Schule auch zu wenig Sorgfalt an den Tag gelegt. Und Interpunktion ist in der deutschen Schriftsprache zur Verständigung notwendig. Nehmen wir einmal die vier Wörter „ich-komme-heute-nicht-morgen“. Ich kann den Satz folgendermaßen schreiben: „Ich komme heute, nicht morgen.“ Oder: „Ich komme heute nicht, morgen.“ Durch die Versetzung des Kommata erhalte ich einen vollkommenen anderen Sinn.

Auch gibt es Deutschlehrerinnen und –lehrer, die der Auffassung sind, den Schülerinnen und Schülern nicht mehr den Konjunktiv beibringen zu müssen. Ihre Begründung: Der wird heute sowieso nicht mehr benutzt. Ich bin der Auffassung, dass wir den Konjunktiv weiterhin in der deutschen Sprache, im Leben und im Berufsleben benötigen. Den Konjunktiv muss man beherrschen, wenn man Politiker werden will. Aber das war nur am Rande.

Nun zu einem anderen Problem. Das Berufsleben ist schnelllebiger geworden. Das zeigen auch die

sich schnell wandelnden Berufsbilder. So hat sich z.B. der Beruf Zerspanungsmechaniker/Zerspanungsmechanikerin 2007 aus folgenden Berufen zusammengesetzt:

- Waagrechtbohrer/Waagrechtbohrerin,
- Universalfräser/Universalfräsererin,
- Dreher/Dreherin,
- Automaten einrichter/Automaten einrichterin,
- Feinschleifer/Feinschleiferin,
- Universalhobler/Universalhoblerin,
- Walzendreher/Walzendreherin,

- Universalschleifer/Universalschleiferin,
- Bohrwerkdreher/Bohrwerkdreherin
- Zerspanungsmechaniker/Zerspanungsmechanikerin (Berufsbild 2004)

Der alte Zerspanungsmechaniker hatte 2004 auch schon einige Berufe mit aufgenommen. Ich habe Ihnen das jetzt nur einmal aufgezählt, um zu zeigen, welche Dynamik auch heute in der Berufswelt und in den Berufen steckt.

Aber keine Angst, ich will nicht, dass die Dynamik des Berufslebens an den einzelnen Berufsbildern in der Schule aufgezeigt werden soll. Aber diese Dynamik kann an einem prägnanten Beispiel verdeutlicht werden.

Ich nehme hierzu einmal den Beruf des Mechatronikers/der Mechatronikerin. Dieser Beruf ist entstanden aus, ich nehme jetzt mal die alten Berufsbezeichnungen, dem Elektriker und dem Schlosser. Nehmen wir einmal an, in dieser Halle sollte ein großer schwerer Leuchter aufgehängt werden.

Wie war es früher? Erst kam der Schlosser, der die stabile Aufhängevorrichtung aus Metall unter der Decke befestigte. Dann kam der Elektriker, der sich die Konstruktion des Schlossers ansah und sofort losschimpfte: „Wie hat der das denn hier angebracht? Da kann ich ja gar nicht meine elektrischen Leitungen verlegen.“ Der Schlosser entgegnete: „Wenn ich die Halterung so anbringen würde, wie du es willst, fiel sie sofort von der Decke.“ Das Problem, dass die einzelnen Gewerke nur in ihrer Berufsvorstellungswelt arbeiteten, hat viele Reibungsverluste erbracht. Deshalb wurde der Be-

ruf Mechatroniker erschaffen, der den Auszubildenden sowohl elektronische wie auch schlosserische Kenntnisse und Fähigkeiten beibringt. An solch einem plastischen Beispiel könnten die Lehrerinnen und Lehrer ihren Schülerinnen und Schülern nahelegen, wie neue Berufe entstehen und welche Anforderungen diese erfordern. In den Schulen sollten praktische Beispiele aufgezeigt werden, damit die Jugendlichen sich ein Bild von der modernen Berufswelt machen können. Aus dem Begriff „sich ein Bild machen können“ ist übrigens das Wort „Bildung“ entstanden.

In den Schulen sollte auch die Wirtschaftsstruktur einer Region mit ihrem Berufsangebot ausreichen erklärt werden. Das ist nach meiner Auffassung notwendig, damit sich die Schülerinnen und Schüler frühzeitig auf das Berufsangebot in einer Region einstellen können.

Für die vom produzierenden Gewerbe geprägten Regionen, wie z.B. Südwestfalen, war die politische Diskussion in den letzten 15 Jahren negativ geprägt. Denn das produzierende Gewerbe wurde

als „old economie“ (also „alte Wirtschaft“) und der Dienstleistungsbereich als „new economie“ (also „neue Wirtschaft“) bezeichnet. Viele Lehrerinnen und Lehrer haben diese Begriffsbezeichnungen übernommen. Aber damit haben sie für viele Schülerinnen und Schüler eine falsche Perspektive aufgezeichnet. Denn welcher junge Mensch will schon einen Job in der „alten Wirtschaft“ erhalten? Und wie soll sich dann ein Jugendlicher z.B. im Kreis Olpe orientieren, wo 60 % der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe abgeboten werden? Nein, die Wirtschaft im Regierungsbezirk Arnsberg

besitzt nur dann eine Zukunft, wenn die industriellen Kerne erhalten bleiben. Das hat die Schule den Schülerinnen und Schülern auch nahe zu bringen, und dass es sich lohnt, einen industriellen Arbeitsplatz zu ergreifen.

Leider haben viele Schülerinnen und Schüler heute kein genaues Bild von den gewerblich-technischen Berufen. Sie sind der Auffassung, dass man bei diesen Arbeitsplätzen bis zu den Knöcheln im Staub waten und ständig eine schmierige Ölkanne in der Tasche bei sich führen

müsste. Nein, viele technisch-gewerblichen Arbeitsplätze ähneln immer mehr denen im Büro, weil auch z. B. Zerspanungsmechaniker immer weniger direkt an der Maschine stehen, sondern diese mittels Tastatur und Bildschirm bedienen. Die Schule hat nach meiner Auffassung die Aufgabe, das Out-fit der modernen Berufe den Schülerinnen und Schülern aufzuzeigen.

Was heute unbedingt im Berufsleben gefordert wird, ist Teamarbeit. Wo können heute junge Menschen in den Schulen Teamarbeit lernen? Selbst der Lehrkörper ist bei Teamarbeit kein Vorbild.

Sicherlich geben auch heute schon Lehrerinnen und Lehrer ihr Bestes. Aber sie müssen bereits im Studium anders und besser auf ihre Aufgaben vorbereitet werden. Hierzu zitiere ich unseren Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt: „Bei alledem ist auf vielen Ausbildungsfeldern eine engere Verzahnung mit der beruflichen und wirtschaftlichen Praxis zu wünschen, so vor allem in der sozialökonomischen und den auf den Beruf des Lehrers vorbereitenden Studiengängen; das duale System des Zusammenwirkens von Berufsschule und gewerbli-

chen Lehrbetrieben wäre ein gutes Vorbild.“ Soweit Helmut Schmidt, ein erfahrener Mann.

Nun komme ich zu einer besonderen Frage, und das ist das Verhalten vieler Jugendlicher, nicht aller. Das ist heute teilweise ein großes Problem. Lehrerinnen und Lehrer von Berufskollegs erzählten mir, dass es immer mehr Schülerinnen und Schüler gibt, die nicht mehr richtig mit Messer und Gabel essen können. Und das nicht nur in Ostfriesland, sondern auch hier in Lippstadt. Die Fast-Food-Unkultur hat viele Jugendliche ergriffen.

Im letzten Jahr hat eine Personalchefin aus Soest zu mir gesagt, dass sie nach dem Einstellungsgespräch mit dem Jugendlichen in die Werkskantine geht, um zu sehen, welche Manieren dieser hat.

Mangelnde Umgangsformen führen im Berufsleben zu besonderem Verhalten und zu unsicherem Auftreten bei den Jugendlichen. Bei den Umgangsformen sind aber vor allem die Eltern gefordert. Hier können die Schulen nur Reparaturbetrieb sein. Zudem hat die Politik entschieden, dass die Schulen allein Wissen vermitteln sollen, und das in

kognitiver Form. Dadurch wird die Bildung „verkopft“, der gesamte Mensch wird nicht mehr gesehen. Die Schule verlor damit ihre Erziehungsaufgabe.

Noch etwas zu Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Sie leben viel zu häufig noch in der Berufswelt ihrer Eltern und Großeltern. Denn sie sehen in den un- und angelernten Berufen noch eine Chance wie ihre Ahnen. Wenn ich z.B. mit jungen Türken spreche, sagen viele von ihnen: Warum nehmen die Firmen immer Deutsche? Die haben

was gelernt und die fordern doch höhere Löhne als wir. Diese Jugendlichen sehen noch nicht, dass die Qualifikationen, mit denen ihre Großväter und Väter noch Geld verdient haben, heute nicht mehr in der Arbeitswelt gefragt werden. An dieser Baustelle sollten wir aber die Schulen nicht allein lassen. Hier sind wir auf die Hilfe von Migranten angewiesen, die in der heutigen Berufs- und Wirtschaftswelt sich eine feste Existenz aufgebaut haben und ihr Beispiel als gangbaren Weg für junge Türcinnen und Türken und auch andere Migrantenkinder aufzeigen können.

5.) Ausblick:

Ich bin der Auffassung, dass wir in Sachen Ausbildungsfähigkeit und beruflicher Bildung Netzwerke bilden sollten. Wenn Jugendliche vermeintlich nicht ausbildungsfähig waren, wurde bisher auf die Jugendlichen geschimpft und auf die Schule und Lehrerinnen und Lehrer draufgehauen. So konnten wir uns etwas Luft verschaffen, aber an der Situation hat sich dadurch nichts geändert. Deshalb finde ich es gut, dass die Bezirksregierung Arnsberg eine Stelle Koordinator Schule-Wirtschaft/Beruf

eingerrichtet hat, besetzt mit Herrn Maschoty. Und Herr Maschoty, ich darf Ihnen jetzt als alternierender Vorsitzender des Berufsbildungsausschusses der IHK Arnsberg Hellweg-Sauerland sagen, dass Sie zu unserer nächsten Sitzung des Berufsbildungsausschusses im Herbst dieses Jahres eingeladen werden.

Berufliche Bildung, meine Damen und Herren, bedeutet aber nicht nur Qualifizierung für den Beruf. Berufliche Bildung ist mehr. Sie hat auch eine gesellschaftliche und gestalterische Funktion. Davon

zeugt, dass Arbeitsschutz, Natur- und Umweltschutz immer mehr Bestandteil der Berufsbildung werden. Wenn Berufsbildung gesellschaftliche Aufgaben integriert, gestaltet sie die Gesellschaft mit. Das ist eine nicht zu unterschätzende Funktion der Berufsbildung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Deutschland besitzt nicht mehr viele Rohstoffvorkommen. Unser wichtigster Rohstoff ist der

Mensch. Lassen Sie uns diesen Rohstoff durch eine qualifizierte schulische und berufliche Bildung veredeln.

Danke, dass Sie mir so geduldig zugehört haben.

Das Problem:

Zu wenig Ausbildungsplätze.

Zu viele ungeeignete Bewerber. 25% gehören zur Risikogruppe. Tendenz steigend. Besonders betroffen: Förderschulen und Hauptschulen

Die Konsequenzen:

- Warteschleifen-System wächst und wächst.
 - Die staatlichen Ausgaben ebenso.
 - Perspektivlosigkeit für Tausende.
 - Auch in unserer Region.
 - Schnittstellenproblematik
-

Zwei Ansatzpunkte einer regionalen Problemlösung:

- Prävention statt Reparatur =
Haus der Berufsvorbereitung
 - Vielfalt der Förderprogramme reduzieren =
Schulen fehlt der Durchblick
-

HdB-Konzept:

- Zielgruppe Zehntklässler
 - freitags und samstags freiwillig
 - 6 Wochen Ferien, 90 % Präsenzquote
 - halbwegs sichere Lehrstellenzusage
 - „Fördern und Fordern“ seit 2005
-

HdB-Finanzausstattung:

- 950.000 € Kreis Siegen-Wittgenstein
 - 400.000 € Kreis Olpe
 - 720.000 € Agentur für Arbeit
 - 410.000 € Deutsche Bank Stiftung;
Grohe- Stiftung; BP-Stiftung;
 - 550.000 € Wirtschaft
 - Gesamtvolumen: 3.030 Mio. € (für 3 Jahre)
-

HdB-Resonanz bei Schülern

Jeweils rd. 200 Bewerbungen

850 Hauptschüler kreisweit p.a.

437/371 (85%)/315 (85%) in 4 Jahren

Beteiligt: 27 Hauptschulen (und 6 Förderschulen)

Erfolgsbedingungen:

Breiter regionaler Konsens
Politischer Wille - Finanzmittel
Leistungsfähige Akquisition
Mitfinanzierung von Unternehmen
Moderation unterschiedlicher Bildungsträger

Vielfalt der Förderprogramme

**Weniger wäre mehr,
transparenter wäre besser,
einheitlicher wäre gerechter,
strukturiert wäre preiswerter**

Programmflut während und nach der Schulpflicht

Schulpflicht	Lehre/Arbeitslosigkeit
BO-Büros	BvB
BuS	Jugend in Arbeit
Kompetenzchecks	Werkstattjahr
Vertiefte BO Arge	Dritter Weg
Vertiefte BO Agentur	Handelsschule
Vertiefte BO BiBB	Sonderprogramme
Praxisklassen	BGJ
BORK	JoA
BO-Camps	BaE kooperativ
Stubos . . .	BaE integrativ
	EOJ. . .

Problemfelder:

- Kein abgestimmtes staatliches Handeln
 - Intransparente Strukturen
 - Überforderte Schulen
 - Unterschiedliche Finanzierungstöpfe
 - Regionale Koordinierung vor und nach dem Übergang fehlt
-

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Regionalrat des
Regierungsbezirks Arnsberg

Peter Borgmann
 Pol. Geschäftsführer

Tel. 0234-912 95 74
 Fax 0234-916 03 06
 Mobil: 0172-589 20 01
 gruene-regionalrat@borgmanns.de

Diekampstraße 37, 44787 Bochum
 Bankverbindung: Sparkasse Bochum
 Kto.Nr. 146 45 85 • BLZ 430 500 01

Bochum, den 15.6.2009

G r ü n e

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN - Diekampstr. 37 - 44787 Bochum

Anfrage zur Sitzung des Regionalrats am 18.6.2009

Thema: Tosu-Einleitungen in die Ruhr

Am Dienstag dem 9. Juni 2009 hat sich die Bezirksregierung Arnsberg mit der Firma Perstorp vor dem Verwaltungsgericht in Arnsberg beim Höchstwert für die Einleitung des chemischen Abfallstoffs Pentadiformal, kurz Tosu, auf einen Kompromiss geeinigt. Perstorp darf jetzt bis zu 3,0 Milligramm pro Liter Abwasser in die Ruhr einleiten.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Warum wurde der vom 19. März 2009 ans MUNLV im Namen der Trinkwasserkommission (TWK) des Bundesgesundheitsministeriums vom Umweltbundesamt (UBA) mitgeteilte empfohlene Grenzwert für Tosu in Höhe von 300 Nanogramm je Liter bei dem Vergleich nicht eingehalten ?
- Ist es zutreffend, dass das UBA seine Position geändert hat. Gibt es ein neues Schreiben des UBA ? Wenn ja, sind die Verfasser beider Schreiben identisch ?
- Wurde bei der vermeintlich neuen Position des UBA die Trinkwasserkommission beteiligt ?

Udo Werner
 stv. Fraktionsvorsitzender
 Mitglied des Regionalrats

gez. Peter Borgmann
 Fraktionsgeschäftsführer



Launhard, Karen

Von: Klaus Brunsmeier [320087881910-0001@t-online.de]
Gesendet: Donnerstag, 11. Juni 2009 12:41
An: regionalrat, geschaeftsstelle
Betreff: Kronocarb Verbrennung in Herne

Anlagen: Scannen0159.tif



Scannen0159.tif
(65 KB)

Sehr geehrter Herr Hellmann,
angesichts des Streites um die Verbrennung von Kronocarb im Eon-Kraftwerk Shamrock in Herne und der Aufforderung des MUNLV an die Bezirksregierung Arnsberg zu einer Berichterstattung über den Genehmigungsstand bitte ich um diese Berichterstattung über den Genehmigungsstand und wie die Bezirksregierung beabsichtigt, weiter vorzugehen, auch in der Regionalratssitzung am 18. Juni in Lippstadt unter dem Top 10 Mitteilungen und Anfragen Mit Dank und Grüßen Klaus Brunsmeier

www.derwesten.de/nachrichten/staedte/herne/2009/6/8/news-122189212/detail.html

Klaus Brunsmeier
Heesfelder Mühle 2
58553 Halver
023532794 Fon
02353666559 Fax
klaus.brunsmeyer@bund.net

KOMMENTAR

Wirklich ein Skandal

Mirco Stodollick

Die Verbrennung des umstrittenen Materials Kronocarb im Kraftwerk Shamrock sagt manches über den Zustand der umweltbehördlichen Genehmigungspraxis. Sie scheint auch andernorts, siehe Kost-Gestank im Herner Süden und das Feinstaub-Problem im Wanner Norden, eines weniger im Blick zu haben: Der Anspruch der Bürger auf Schutz ihrer Gesundheit beinhaltet ein transparentes Genehmigungsverfahren nach geltendem Recht.

Wenn der BUND Recht hat und die Bezirksregierung Arnsberg im Kronocarb-Fall mir nichts, dir nichts die Anzeige von Eon geschluckt hat, Kronocarb einzusetzen, ist das tatsächlich ein Skandal. Unterlagen, die der WAZ vorliegen, untermauern den Vorwurf, keine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung samt Öffentlichkeitsbeteiligung veranlasst zu haben.

Auch jetzt, da die Bezirksregierung Köln Kronocarb bereits im Jahr 2006 als Abfall, der in entsprechende Verbrennungsanlagen zu führen ist, eingestuft hat, reagiert Arnsberg nicht. Die Behörde verweist auf gültige Genehmigungen - eine Farce. Sie müsste Gutachten zum Kronocarb veranlassen.

Und Eon? In Datteln abgewatscht, reagierte der Energieriese auch nicht. Arnsberg ist ja nicht eingeschritten. Billiger als Kronocarb kann für Eon ein Brennstoff kaum sein. Der Konzern subventioniert mit dem Einsatz von Kronocarb seinen Strom. Die Bürger haben davon wohl nichts - außer einer möglichen Gesundheitsgefahr.